

Pressedienst
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Osnabrück
Bierstr. 28
49074 Osnabrück
Tel.: 0541 / 323-3130



PRESSEMITTEILUNG vom 26.03.2021

GRÜNE wollen Pause bei der Flächenpolitik

Bajus: „Wohnungsbau und Grünflächenschutz zusammenbringen“

Die GRÜNE Stadtratsfraktion fordert eine Pause, ein Moratorium, bei der Ausweisung neuer Wohnbauflächen. Die Zeit müsse genutzt werden, um die wichtigsten Grünflächen zu schützen. „Wenn wir so weitermachen, gefährden wir die ‚Grünen Finger‘ in ihren Funktionen. Das wäre ein stadtoökologischer Fehler, der nicht zu reparieren ist. Das können wir nicht wollen. Osnabrück ist auch deswegen eine lebenswerte Stadt, weil wir diese wunderbaren Grünzüge haben, die aus allen Himmelsrichtungen bis in die City reichen“, erläutert der Fraktionsvorsitzende Volker Bajus den grünen Vorstoß.

Die GRÜNEN erinnern daran, dass sie die vor sechs Jahren gestartete Wohnraumoffensive ausdrücklich unterstützen. Auch das erfolgreiche Bürgerbegehren für die neue kommunale Wohnungsgesellschaft habe man maßgeblich mitgetragen. „Die Lage am Wohnungsmarkt ist schwierig. Bezahlbarer Wohnraum fehlt. Von daher hat Wohnungsbau eine hohe Priorität auch für uns“, betont Bajus.

Durch die Umnutzung der Briten-Kasernen, die Aktivierung von Baulücken und Nachverdichtungen sowie die Ausweisung neuer Bauflächen sei jetzt schon einiges auf den Weg gebracht worden. Da könne und müsse jetzt auch gebaut werden. Hinzu kämen erfreulicherweise die Wohnprojekte im Innenstadtbereich. Neue größere Bauflächen gäbe es jetzt darüber hinaus nur noch in umstrittenen Gebieten und eben in den Grünen Fingern. „Das sind die Umwelt-Lebensadern der Stadt. Sie versorgen die Stadtteile mit Frischluft und Abkühlung und machen uns widerstandsfähiger gegen den Klimawandel. Sie bieten Naherholung und Flächen für Sport und Freizeit, laden zum Spaziergehen ein und dienen dem Naturschutz. Leider sind diese aber völlig unzureichend geschützt. Die städtischen Planungsgrundlagen sind überaltert“, berichtet Bajus. Der Flächennutzungsplan sei bereits 20

Jahre, der Landschaftsrahmenplan sogar schon 30 Jahre alt. Klimaanpassung, Luftqualität aber auch neuere Erkenntnisse zum Thema Artenschutz finden sich darin nicht.

Statt jetzt scheibchenweise die Grünen Finger anzuknabbern, sei es an der Zeit, ein Gesamtkonzept vorzulegen, das sowohl die zu schützenden Bereiche definiert, als auch das noch vertretbare Flächenpotential für Wohnen und Gewerbe. Ein Konzept, das Stadtentwicklung aus den lebenswichtigen Funktionen der Grünzüge heraus denkt und möglich macht. „Also ein integriertes Stadtentwicklungskonzept, das beides zusammenführt und im Dialog mit vielen Akteur*innen entwickelt wird. Das können wir uns inzwischen auch wohnungspolitisch leisten. Seit 2015 wurde neues Baurecht für über 2.100 Wohneinheiten geschaffen. Weitere 2.500 sind projektiert. In der Innenstadt können rund 1.000 neue Wohnungen entstehen. Und im neuen Lok-Viertel am alten Güterbahnhof sind zusätzlich 2.000 Wohnungen möglich. Dazu kommen schätzungsweise rund 2.500 Wohneinheiten, auf denen altes Baurecht liegt. Das macht zusammen ein Wohnbaupotential von ca. 10.000 Einheiten. Von daher haben wir die Luft, jetzt auch mal an die Natur und die Stadtökologie zu denken – während gleichzeitig die bereits beschlossenen Gebiete bebaut werden können“, erklärt Bajus.